

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Döbhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstschaffkonto: Berlin 57 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Et. 5 u. Disk.-Ges., Depotk., Fernämterstr. 63/64.

Wöchentlich 75 Pf. monatlich 2,25 Pf.
(davon 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3,97 Pf. einschließlich 50 Pf. Postgebühren und 75 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandabonnements 5,00 Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 4,00 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“.

Die einseitige Millimetergröße 20 Pf. Postgebühren 2-3 „Kleinanzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (unabhängig vom festgedruckten Wort) jedes weitere Wort 10 Pf. Robert U. Carl, Boerse über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimetergröße 20 Pf. Familienanzeigen Millimetergröße 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wöchentlich von 8^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Ostergruß.

An die deutsche Sozialdemokratie!

Glänzend gerechtfertigt!

Von Emil Vandervelde.

Im Namen der Internationale — ein dreifaches Hoch der deutschen Sozialdemokratie!

Sie hat am 13. März die größte, die schwerste und nach unserer festen Ueberzeugung auch die entscheidendste Schlacht geliefert und gewonnen.

Vor einigen Wochen, als die Kandidatur Hindenburgs noch nicht aufgestellt war, sagten mir Parteifreunde in Köln: Die Präsidentenwahl ist der Wendepunkt. Für Hitler ist sie eine Frage von Sein oder Nichtsein. Siegt er, dann bedeutet das den Bürgerkrieg, unterliegt er, so wird das für ihn den Anfang vom Ende bedeuten.

Nun ist er besiegt, befreit ohne Aussicht auf Revanche: das müßten sogar seine Anhänger begreifen. Der Faschismus ist zwar nicht tot, aber seine Verletzung ist tödlich. Dieses entscheidende Ergebnis bildet die glänzende Rechtfertigung der Taktik, die die deutschen Genossen seit vielen Monaten und unter ärgsten Belastungsproben unerschütterlich befolgt haben; einer Taktik, die ebenso viel Energie und Festigkeit wie Vorsicht erforderte, wobei manchmal in den Augen schlecht unterrichteter Beobachter die Vorsicht stärker in den Vordergrund zu treten schien als die Energie und die Festigkeit.

So hatten z. B. auf dem letzten Kongreß der belgischen Arbeiterpartei manche jüngere Genossen mit besorgtem Eifer an uns die Frage gerichtet: „Wohin führt der Weg der deutschen Sozialdemokratie? Was tut die Internationale? Müßten wir uns damit abfinden, daß wir lange Zeit aus Deutschland nur noch Berichte über Rückschritte erhalten oder solche, in denen die bloße Tatsache, daß man keinen weiteren Boden verloren habe, als ein Sieg gewertet wird? Und was soll man letzten Endes von dieser Loterieringspolitik erwarten, die mit ihrer Parole des kleineren Übels sich doch nicht fähig erweist, dem Faschismus den Weg zu versperren und seinen Fortschritten ein Ende zu bereiten?“

Auf diese Fragen und Zweifel gab es nur eine mögliche Antwort: den Erfolg. Nun ist er da! Es war für uns nach dem 13. März eine tiefe Genugtuung, aus dem Munde gerade derer, die sich noch tags zuvor dem schlimmsten Pessimismus hingaben, uneingeschränktes Lob für die Voraussicht, für die politische Klugheit und vor allem für die erstaunliche und außerordentliche Disziplin der Deutschen Sozialdemokratischen Partei zu hören.

Es wird oft das Wort Bismarcks zitiert, daß der Deutsche kein politisches Lebewesen sei und es wird gewiß niemand auf den Gedanken kommen, daß die 11 Millionen Wähler und Wählerinnen Hitlers den Anspruch besitzen, in diese Kategorie höherer Lebewesen eingereiht zu werden.

Dagegen bezweifle ich stark, daß es ein Land auf der Welt gibt, wo unter so schrecklich schweren Umständen wie sie Deutschland erlebt, die sozialistische Arbeiterklasse ebenso viel Sinn für politische Realitäten, eine gleiche Einmütigkeit im Handeln gezeigt hätte, wie am 13. März das deutsche Proletariat.

Man verlangte letzten Endes von Arbeitern, die von der Krise schwer mitgenommen sind, die von der Arbeitslosigkeit ständig bedroht werden oder bereits getroffen sind, die allen Anlaß haben, sich über das herrschende Regime zu beklagen und ihm stärkstes Mißtrauen entgegenzubringen, daß sie eine ungeheure heldenhafte Selbstüberwindung aufbringen, daß sie all das für den Augenblick vergeßen und daß sie, um Schlimmeres zu verhüten, um die tödliche Gefahr des Faschismus zu bannen, dieselben Kräfte am Ruder halten, die sie sieben Jahre zuvor leidenschaftlich bekämpft hatten!

Es ist in nationalistischen Kreisen Frankreichs und Belgiens, in denen man mit unverhohlenen Zynismus und Schadenfreude den Sieg Hitlers erhoffte, behauptet worden, daß die deutsche Sozialdemokratie, indem sie auf eine eigene Kandidatur verzichtete und den Kommunisten das Monopol der roten Fahne überließ, ein Geständnis der Ohnmacht oder zumindest der Schwäche abgelegt hätte. Es hat sich in einer großen Pariser Zeitung ein Dummkopf gefunden (oder war es nur ein Ausbeuter des

Schwachsinns seiner Leser?), der schrieb, daß künftig in Deutschland der Sozialismus tot sei, daß die Wahl vom 13. März das letzte Stadium eines Rückganges und eines längst vorausgesagten Zusammenbruchs gewesen sei. Wenn es unter unseren Gegnern solche gibt, die sich ernsthaft derartigen Illusionen hingeben, so möge es ihnen wohl bekommen.

Die Internationale dagegen ist stolz auf die deutsche Sozialdemokratie. Sie hat volles Vertrauen in das Endergebnis ihrer Aktion. Sie weiß, daß an dem Tage, an dem es hart auf hart gegangen wäre, keines ihrer kämpfenden Mitglieder seinen Posten verlassen haben würde. Um so mehr weiß sie die Kaltblütigkeit, die Disziplin, die Selbstbeherrschung zu schätzen, mit der die sozialistischen Arbeiter Deutschlands wie ein Mann gegen jene Minderheiten von rechts und links auftraten, die nur durch ihre Zusammenarbeit eine Macht bedeuten und deren Zusammenarbeit eine derartige Ungeheuerlichkeit darstellt, daß sie manchmal sogar bei ihren Anhängern Ekel und Auflösung bewirkt.

Es ist schon schlimm genug, daß seit zehn Jahren in Deutschland und anderswo das Proletariat in zwei feindliche Lager gespalten ist, und daß Moskau mit einer völligen Verkennung der realen Tatsachen hartnäckig diese blödsinnige Taktik anordnet, bei der alle Schläge für die Sozialdemokratie reserviert sind, jene Taktik, die in der verrückten Hoffnung, die Sozialdemokratie niederschlagen zu können, offensichtlich das Spiel des gemeinsamen Feindes erleichtert.

Wenn in den letzten vier Jahren in Frankreich eine Rechtsmehrheit am Ruder war, so ist das nur den Kommunisten zu verdanken, die durch die Aufrechterhaltung ihrer Kandidaturen im zweiten Wahlgang von 1928 mehr als 30 Anhängern von Laval und Lardieu Parlamentssitze verschafft haben.

Wenn in den meisten Großstädten, wo es eine proletarische Mehrheit gibt, die bürgerlichen Parteien zumindest einen Teil der Verwaltung beherrschen, so nur deshalb, weil die Kommunisten jede Zusammenarbeit mit ihnen unmöglich macht.

Aber alle diese tatsächlichen Handlungen, so beklagenswert sie auch sind, gehen nicht so weit, Lebensinteressen der Arbeiter, ob Kommunisten oder Sozialisten, mit tödlicher Gefahr zu bedrohen. Ganz anders wäre es, wenn durch ein verbrecherisches Zusammenspiel die Männer der „Roten Fahne“ sich mit Hitler vereinigen würden, um, zum alleinigen Nutzen der reaktionären Demagogie, den Sturz derer zu erreichen, die in der gegenwärtigen politischen Verwirrung die einzigen bewährten Vertreter der Rechte und der Freiheiten sind, die das Proletariat im Jahre 1918 zu erobern verstanden hat.

Alle diejenigen, denen diese zwar beschränkten und dennoch wesentlichen Rechte und Freiheiten am Herzen liegen, werden deshalb am 24. April zugleich gegen den Kommunismus und gegen den Faschismus für den Sieg der sozialen Demokratie kämpfen!

Irlands neue Rebellion.

Osterprozession unter Führung de Valeras.

London, 26. März.

De Valera hat zugesagt, daß er die Führung der großen Prozession übernehmen will, die am Osterfesttag in Dublin in Erinnerung an die Osterrebellion von 1916 stattfinden soll. Amtlich (!) nimmt jedoch die Regierung an den Festlichkeiten nicht teil. Im ganzen irischen Freistaat werden große Kundgebungen von der irischen republikanischen Armee veranstaltet, bei denen gegen den Treueid Erhöhungen erhoben werden soll. Hervorragende Führer der republikanischen Partei werden an den Gräbern der Opfer der Osterrebellion Reden halten.

Die Regierungstruppen bleiben am Sonntag in den Kasernen in Bereitschaft.

Die Regierung des irischen Freistaates wird auf die letzte rote Englands nicht vor Dienstag antworten. Der Präsident de Valera bejahte in einer Unterredung nochmals, daß seine Regierung die Absicht habe, den Treueid für den englischen König zu befestigen. Es beständen keine rechtlichen Verpflichtungen, die irischen Entschädigungszahlungen an den englischen Schuttenkommissar abzuführen.

Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß der irische Republikanerführer de Valera den Konflikt mit England bewußt auf die Spitze treibt. Das ist insofern keine Ueberraschung, als die Sinnfeiner, deren Führer er ist, sich seit jeher durch ihre an Fanatismus grenzende Unversöhnlichkeit ausgezeichnet haben. Als vor elf Jahren der Londoner Vertrag zwischen der Regierung Lloyd Georges und den unter Führung von Cosgrave stehenden gemäßigten Elementen des irischen Volkes zustande kam, der den Jahrhunderte alten Kampf zwischen Briten und Iren beenden sollte, leisteten die Sinnfeiner erbitterten Widerstand gegen diesen Akt der Versöhnung. Hatten sie vordem durch einen Guerillakrieg und durch Attentate gegen die britische Herrschaft gekämpft, so übertrugen sie damals diese Methoden auf den Kampf gegen ihre eigenen, versöhnungsbereiten Landsleute. Aber Irland zeigte sich damals in seiner großen Mehrheit bürgerkriegsmüde und gab sich mit den sehr weitgehenden Unabhängigkeitsrechten zufrieden, die der Londoner Vertrag dem neu geschaffenen Dominion gewährte. Die Regierung Cosgrave sah sich gezwungen, die Sinnfeinerrebellion mit ebensolcher Rücksichtslosigkeit zu unterdrücken, wie es vordem die britischen Besatzungstruppen getan hatten.

Man hätte annehmen dürfen, daß in den letzten zehn Jahren die Republikanerbewegung abgestaut wäre, zumal

der neue irische Freistaat, ebenso übrigens wie die anderen Dominionen, seine Selbstständigkeitsrechte immer mehr zu erweitern vermochte. Es sei nur daran erinnert, daß Irland 1923 als selbständiger Staat in den Völkerbund aufgenommen wurde und 1928 sogar einen nichtständigen Ratssitz erkämpfte. Die Regierung Cosgrave erhielt bei den verschiedenen Wahlen zum irischen Parlament, stets eine klare, wenn auch nicht überwältigende Mehrheit.

Welche besonderen Umstände den Umsturz bei den jüngsten Neuwahlen zugunsten der radikalen Richtung herbeigeführt haben, läßt sich nicht klar erkennen. Wahrscheinlich war das auch nur eine Wirkung der Wirtschaftskrise, die fast überall in der Welt die bisher herrschenden Parteien erschüttert und die radikalen Gruppen verstärkt hat.

Sedenfalls mußte Cosgrave das Steuer seinem erbitterten Gegner von jeher De Valera abtreiben, der zwar auf die Unterstützung anderer Oppositionsgruppen, darunter der irischen Arbeiterpartei, angewiesen ist, aber ohne Zögern eine reine Republikanerregierung bildete, die sofort aufs Ganze ging: Befreiung aller politischen Gefangenen, auch solcher, die wegen politischer Mordtaten ihre Strafen verbüßten, Verweigerung des Treueides gegenüber der britischen Krone und Ankündigung, daß die nächste im Juni fällige Jahreszahlung von 3 Millionen Pfund an das Britische Schatzamt nicht geleistet werden würde.

Bisher steht im Konflikt mit England offiziell nur die Ablehnung des Treueides zur Diskussion, den der neue Ministerpräsident aus grundsätzlichen Gründen nicht leisten will. Er bezeichnet ihn als ein mittelalterliches Ueberbleibsel und einen Gewissenszwang, dem er sich nicht fügen werde. Zweifellos bedeutet diese Weigerung einen einseitigen Vertragsbruch. Praktische Bedeutung kommt zwar diesem symbolischen Akt des Treueides nicht zu, denn eine völlige Losreißung Irlands vom Britischen Reich kommt schon aus wirtschaftlichen Gründen kaum in Frage, zumal bekanntlich der irische Freistaat nicht einmal die ganze Insel Irland umfaßt, weil die protestantischen Nordprovinzen (Ulster) ein Sonderstatut genießen, das ihnen probrüitischen Anshaungen entspricht und sie an Großbritannien festbindet. De Valeras Auslieferung gegen den Treueid erfolgt also mehr aus jener Prinzipienreiterei, die eines der Hauptmerkmale seiner Bewegung bildet, in der katholischer und nationalisistischer Fanotismus sich mit der gleichen haßerfüllten Leidenschaft auswirken wie in den irischen Religionskriegen früherer Jahrhunderte.

Groener an Ostpreußen.

Nachung zur Vernunft.

Um der systematischen Propaganda der Nationalsozialisten in Ostpreußen entgegenzutreten, die am 13. März besonders in den unmittelbar an der polnischen Grenze liegenden Kreisen Hitler eine große Zahl von Stimmen zugeführt hat, veröffentlicht Reichsminister Groener in der Osternummer der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ einen Aufsatz, in dem er unter anderem sagt: Die Memelländische Frage sei eine Angelegenheit, der man mit heißem Herzen, aber klarem Kopf gegenüberstehe. Deshalb würde eine friedliche Lösung gesucht. Die deutsche Politik werde jedoch ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß dem Deutschtum im Memellande seine verbrieften Rechte ungeschmälert erhalten bleiben.

Groener fügt hinzu, er verstehe das Gefühl der Vereinsamung und Bedrohung, das in Ostpreußen herrsche, aber Ostpreußen sei nicht schuldig sondern Nachgeäußten preisgegeben. Ein feindlicher Einbruch in Ostpreußen würde nicht auf passive, sondern auf aktiven Widerstand stoßen, und dieser Widerstand würde von der ganzen moralischen materiellen Kraft des deutschen Volkes getragen werden, das in dieser Lebensfrage der Nation über alle Parteigrenzen hinweg einig zusammenhalte. Der Artikel schließt mit einem Appell an die Vernunft der ostpreußischen Bevölkerung.

Gipfel der Gemeinheit.

Naziblatt beharrt auf schmutziger Verleumdung trotz Gerichtsurteil.

Stuttgart, 26. März. (Eigenbericht.)

Der frühere Sturmführer der S.A. Schwarz-Stuttgart, wurde wegen Beleidigung des schwerverletzten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Schumacher zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Schwarz und andere Nationalsozialisten, die ebenfalls vor Gericht standen und bestraft wurden, hatten dem Abgeordneten Schumacher, der im Kriege seinen rechten Arm verloren hat, nachgesagt, daß er sich selbst veräummelt habe.

Das Gericht beschloß, daß das Urteil nebst seinen Gründen auf Kosten des Verleumders u. a. auch in dem Stuttgarter Naziblatt zu veröffentlichen sei. Schwarz leistete jedoch den Offenbarungseid, worauf das Naziblatt, das über die Gerichtsverhandlung mit keiner Zeile berichtet hat, die von dem Gericht ausgesprochenen Verurteilungen des Urteils ablehnte, es sei denn, daß der Anwalt des Abgeordneten Schumacher im voraus die Kosten der Anzeige im Anzeigenteil entrichtet. Das ist der Höhepunkt an Unverschämtheit. Sie entspricht durchaus der „Ritterlichkeit“, wie wir sie seit Jahren von der Hitler-Partei gegenüber Andersdenkenden gemahnt sind.

Wie die Nazis Mitglieder gewinnen.

Entweder beitreten oder Prügel.

Dem Deutschen Landarbeiter-Verband wird aus Griesheim bei Stadlim in Thüringen berichtet.

Auf einem hiesigen Gutshof wurde ein junger Landarbeiter als Futterbürsche angenommen und, wie in der Landwirtschaft üblich, durch Dienstvertrag an seinen Dienstherrn gebunden. Nach einiger Zeit wurde ihm von seinen Arbeitgebern, die stramme Nazis sind, eröffnet, daß sie ihn bei den Nazis angemeldet und zwei Monatsbeiträge für ihn bereits gezahlt haben. Nun verlangten sie von dem unfreiwillig zum Nazimitglied gewordenen Futterbürschen, er möge sein Einverständnis dazu geben, daß ihn die nunmehr fällig werdenden Monatsbeiträge von seinem Lohn, der wöchentlich 5,50 M. beträgt, abgezogen werden. Es handelt sich dabei um einen Monatsbeitrag von 2,50 M. Natürlich weigerte sich der junge Arbeiter, seine Mitgliedschaft und seine Beitragsverpflichtungen anzuerkennen. So erkannte denn seine Nazidienstherren leicht einen Vorwand, den Bedauernswerten fürchtbar zu verprügeln, weil er hartnäckig bei seiner Weigerung blieb. Der junge Arbeiter hat jetzt außerdem ein Unterkommen gefunden und ist dem Nazipartium bei seinen nationalsozialistischen Dienstherrn entronnen. Aber wie viele seiner Klassenangehörigen mag es noch geben, für die durch die jetzigen Verhältnisse ein Entkommen unmöglich ist, die darum Tag für Tag den unwürdigen Zwang ertragen müssen, ohne sich auflehnen zu können!

Der Vorfall ist ein deutlicher Beweis für die Meinung, die die Nazilarbeitgeber von den Arbeitern haben.

Japan erpreßt den Völkerbund.

Neue Drohung mit dem Austritt.

Paris, 26. März.

Zu den Gerüchten, wonach Japan erneut beabsichtige, aus dem Völkerbund auszutreten, berichtet die Agence Radio, die japanische Regierung habe endgültig beschlossen, aus dem Völkerbund auszutreten, wenn dieser auf seiner Absicht, den § 4 des Artikels 15 des Völkerbundespaktes zur Lösung des mandchurischen Konfliktes anzuwenden, bestände.

Dem „Temps“ zufolge habe man allen Grund, diese Meldung sehr ernst zu nehmen, obgleich eine Befähigung bisher noch nicht zu erlangen gewesen sei. Sir Eric Drummond habe tatsächlich den japanischen Völkerbundsdelegierten Sato von der Absicht des Völkerbundes in Kenntnis gesetzt, den genannten Paragraphen anzuwenden.

Schneider-Creuzot liefert an Japan.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Die kommunistische „Humanité“ meldet aus Marseille: Am 16. März trafen in Marseille sechs von der Geschützfabrik Schneider-Creuzot exportierte Waggons ein, die nach dem Frachtholper Maschinenentele enthalten sollten. Als Eisenbahnbeamte den Inhalt der Waggons nachprüfen wollten, wurde ihnen erklärt, daß sich in den Waggons in Wirklichkeit Maschinengewehre und Geschützrohre befänden, die von einer japanischen Schiffahrtsgesellschaft nach Japan befördert werden sollen. Die Eisenbahnbeamten erstatteten darauf Anzeige wegen falscher Inhaltsangabe. Die Eisenbahngesellschaft telephonierte aber sofort an das Kriegsministerium, das die Strafe rückgängig machen ließ.

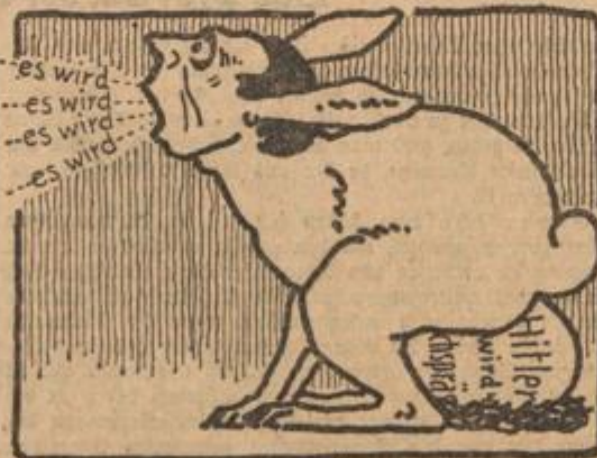
Schwierige Waffenstillstandsverhandlungen.

Schanghai, 26. März. (Eigenbericht.)

Die Arbeiten der Waffenstillstandskommission, die hier zur Beilegung des japanisch-chinesischen Konfliktes zusammengetreten ist, drohen in den letzten Tagen wiederholt zu scheitern.

Der mißglückte Osterhase.

(Eine Ostertragödie in 4 Akten.)



Oesterreichs Wirtschaftsnot.

Genosse Renner spricht im Berliner Rundfunk.

Genosse Dr. Karl Renner-Wien, der erste Staatskanzler der Republik Deutschösterreich und jetzige Präsident ihrer Volksoberleitung, sprach am gestrigen Sonnabend im Berliner Rundfunk über „Oesterreichs Wirtschaftsnot“. Nach einem Vergleich Europas mit einem Krankensaal, wo vielfach die Heilung eines der am schwersten Leidenden die Vorbedingung für eine erfolgreiche Behandlung der übrigen Patienten sein könne, kam Renner auf den Zollunionsplan des vorigen Jahres zu sprechen, dessen Scheitern Deutschösterreich in seiner wirtschaftlichen Isolierung verschärft hat, die durch das Anschlußverbot zu dauernder Einzelhaft verschärft ist. Während die anderen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie weite Ackerbaugelände und wenigstens eine starke Ernährungsgrundlage im Lande haben, sieht Deutschösterreich die Verödung seiner Städte, das Verhungern seiner Bevölkerung vor sich. Wien hat sozusagen seinen Acker im neuen Ausland, und dort hat die österreichische Industrie ihren Abfall. Was ist das für ein Organismus, dessen Herz außerhalb des Leibes ist? Unter allgemeinem Freilhandel mag das noch erträglich sein, bei der jetzigen wahnwitzigen Zollpolitik und bei der gegenseitigen Abschneidung des Geldverkehrs durch Devisenmaßnahmen ist dieser Zustand ruhmlos. Das Passivum der Handelsbilanz wächst unaußgeleitet, in gleichem Maße muß die Einfuhr gedrosselt werden, wird der Goldvorrat der Notwendigkeit ausgezehrt und schließlich der letzten Reserven der Privatwirtschaft. Die Banken sind zusammengebrochen und müssen ihre Besitzungen in den neuen Auslandsstaaten liquidieren. All dieses Elend wird durch den politischen Zwang der Zölle und der Devisenpolitik noch verschärft.

Jetzt erkennt auch Frankreich, daß seine machtpolitische Gruppierung der kleineren Mächte im Osten Deutschlands wirtschaftlich nicht standhält. Die Volkswirtschaft der Tschechoslowakei bleibt überwiegend auf Deutschland und Oesterreich eingestellt; sie sieht sich gezwungen, mit Frankreich Politik, mit Deutschland Geschäfte zu machen. Schon 1927 hat die Kleine Entente eine Kommission zur Deflationierung Mitteleuropas eingesetzt, aber von ihren Ergebnissen ist nie etwas bekannt geworden. Polen,

Rumänien, Ungarn, Jugoslawien können ihre Agrarprodukte weder in der Tschechoslowakei noch in Deutschösterreich ausreichend absetzen, Deutschland und Deutschösterreich brauchen Absatzgebiete für ihre Industrie.

Zum Schluß besprach Renner die gegenwärtige Mitteleuropadebatte, um festzustellen, daß jede Art einer politischen Wiederherstellung des großen Wirtschaftsgebietes Oesterreich-Ungarn, dessen Zerstörung nur auch schon französische Wirtschaftler in steigendem Maße beklagen, unmöglich ist. Die bestehende Unklarheit über den Begriff Mitteleuropa wird man jedoch, ebenso wie die brennende Not vieler Staaten und besonders Deutschösterreichs überwinden müssen, wenn man eine ernste Anstrengung machen will, die so kritische Wirtschaftslage Europas zu bessern.

Donaufonferenz in London.

London, 26. März. (Reuter.)

Wie erst jetzt bekannt wird, sind gleichzeitig mit der Einladung Macdonalds an Tardieu zu einer Besprechung über die Donaufragen Einladungen an den deutschen und den italienischen Außenminister ergangen, deren Antworten bis jetzt jedoch noch nicht vorliegen.

Die Konferenz soll Anfang April tagen und wird voraussichtlich ein oder zwei Tage dauern.

Die englische Regierung hat als Zeitpunkt das Wochenende nach Ostern vorgeschlagen.

Tardieu wird vielleicht etwas früher als die Vertreter Deutschlands und Italiens in London eintreffen und eine Vorbesprechung mit Macdonald haben. Den Besprechungen, die sich ausschließlich auf die Donaufrage beschränken sollen, dürfte der Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes über sofortige Hilfe und spätere Unterfütterung der Donauländer durch langfristige Kredite zugrundeliegen.

Verkehrsunfall in Hamburg.

Ueberfallwagen überfährt eine Familie. — Zwei Tote und vier Verletzte.

Hamburg, 26. März.

Der Sonnabendnachmittag brachte in verschiedenen Hamburger Stadtteilen durch kommunistische Kundgebungen ernste Beunruhigungen. Mehrfach mußten polizeiliche Schnellwagen eingesetzt werden, um die Ansammlungen auseinanderzubringen. Beim Abfahren der von kommunistischen Trupps besonders heimgefahrten Osterstraße ereignete sich ein furchtbarer Verkehrsunfall. Ein Ueberfallwagen fuhr in eine die Straße überschreitende Familie hinein und schleuderte sieben Personen zu Boden.

Der Maurermeister Begg aus Elmshöfel trug einen schweren Schädelbruch davon; sein Besitzen gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß. Sein Sohn erlitt einen Genickbruch und war sofort tot. Ebenfalls sofort getötet wurde seine Schwägerin. Seine Gattin erlitt eine schwere Nervenerkrankung, ein Töchterchen kam mit leichten Verletzungen davon. Ein Polizeibeamter wurde durch den Anprall vom Wagen geschleudert und trug einen so schweren Schädelbruch davon, daß er hoffnungslos daniederliegt. Eine umfassende Untersuchung ist in die Wege geleitet worden.

Die nächste Ausgabe des „Vorwärts“ erscheint nach den Osterfeiertagen Dienstag früh.

Bitter für Hitler!

Der württembergische Bauernbund für Hindenburg oder Wahlenthaltung.

Stuttgart, 26. März.

In einer vom württembergischen Bauern- und Weingärtner-Bund einberufenen Versammlung, in der zur Reichspräsidentenwahl Stellung genommen wurde, wurde den Wählern der Partei empfohlen, sich zum 10. April entweder für Hindenburg zu entscheiden oder Wahlenthaltung zu üben.

Goethe-Festvorstellung.

(Staatstheater)

Nachdem die Feltung des Staatstheaters in ihrem Kalender die Goethefeier übersehen hatte, ordnete der Kunstminister Preußens Wiedergutmachung dieser Vergeßlichkeit an. So kam die Festvorstellung zustande, für die der „Egmont“ aufgeführt wurde. Es war gestern Abend eine wirkliche Festvorstellung, an der viele bedeutende Männer der Regierung, der Akademie und Universität teilnahmen. Und es war eine sehr schöne, mit großer Dankbarkeit quittierte Vorstellung. M. H.

Warum staatliche Wirtschaftsführung?

Der falsche Weg des Wirtschaftsführertums. — Zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Deutschland hat innerhalb eines knappen Jahres Staatseingriffe in das privatkapitalistische Wirtschaftssystem erlebt, deren Ausmaß in der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bisher unbekannt war. Die Frage ist längst von allen Seiten gestellt, ob es sich hierbei um Akte von vorübergehender oder dauernder Wirkung handelt und ob in ihnen Wandlungserscheinungen des Wirtschaftssystems zu erblicken sind. Wir sind der Auffassung, daß es sich um dauernde und die Wirtschaftsverfassung ändernde Staatseingriffe handelt, die den Zustand der gesellschaftlichen Wirtschaftsiniziativen mit gesellschaftlichen Wirtschaftszwecken (sozialistische Wirtschaftsführung) vorbereiten. Diese Staatseingriffe haben zwangsläufig dauernde und die Wirtschaftsverfassung ändernde Wirkung, weil durch Fehlleitung in- und ausländischen Kapitals mehr Kapital zerstört worden ist, als unter Berücksichtigung des hochbleibenden Zinsfußes zur Wiederbeschaffung aller Arbeitskräfte und Industrieanlagen mit den jetzt noch ausgenutzten Arbeitskräften und Industrieanlagen in naher Zukunft erwirtschaftet werden kann.

Das fehlende Kapital kann nur geborgt werden und muß in erster Linie langfristige in Anspruch genommen werden. Dazu reicht die Kreditfähigkeit der privaten Wirtschaftssubjekte Deutschlands auch bei Berücksichtigung der weltpolitischen Gesamtsituationen und nach Befriedigung der Reparations- und sonstigen politischen Schulden nicht mehr aus. Die erforderliche ausreichende Kapitalbeschaffung wird nur unter Garantie des Staates, d. h. unter Einsatz der Steuerkraft bzw. des Vermögens des ganzen Volkes möglich sein. Das aber hat staatliche Wirtschaftsführung auf Dauer und eine wirtschaftliche Verfassungsänderung zur unausweichlichen Folge. An die Stelle der individualistischen muß die staatliche Wirtschaftsiniziation übertrifft da (und auch darüber hinaus) treten, wo das Vermögen der Gesamtheit für die Garantieleistungen des Staates in Anspruch genommen wird.

Es war nicht das Verlangen der privaten Initiative überhaupt, sondern das außergewöhnliche Maß dieses Verlangens, das diese Entwicklung der Dinge erzwingen hat. Die Gründung der Akzept- und Garantiebant, die Inanspruchnahme der Reichsbank auf diesem Wege im Betrage von 1 1/2 Milliarden und außerdem mit 0,8 Milliarden für Bankwechsel sind keineswegs einfache Folgen der internationalen Vertrauenskrise gewesen. Wären die vom Ausland geborgten Bankgelder stets nur entsprechend ihren Fälligkeiten angelegt worden, so hätte Deutschland überhaupt keine Verwendung für 8 Milliarden kurzfristige Kredite gehabt. Die dann überhaupt mögliche kurzfristige Verschuldung hätte sehr enge Grenzen gehabt und wäre automatisch während der Depression abgebaut worden. Die Störung der Zahlungsbereitschaft nach dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt hätte kurzfristige und vorübergehender Natur sein können, zumal sie in einem Zeitpunkt krisenmäßiger allgemeiner Freistellung von Betriebsmitteln erfolgte. Die Störung ist eine langfristige geworden und das Ausmaß der Kreditabziehung katastrophal, weil das kurzfristige geborgte Auslandsgeld langfristig angelegt, auf diese Weise immobilisiert und — wie der Fall Nordwolle schlaglichtartig der ganzen Welt zeigte — mit ungeheuren Verlusten belastet worden war.

Nicht die Tatsache, sondern die besondere Art der Illiquidität, der mit der Gründung der Akzept- und Garantiebant und der Gewährung zusätzlicher Reichsbankkredite begegnet wurde, ist deshalb für die Beurteilung dieses staatswirtschaftlichen Eingriffs maßgebend. (Die Fiktion von Sparfassenwechseln hat mit der Fehlanlage von Geldern nichts zu tun, sondern nur mit der falschen Steuerpolitik des Reichs gegenüber den Gemeinden.)

Die kürzliche Bankenfinanzierung und die ebenso zwangsläufige, in scharfen Stößen bald durchzuführende Industrialisierung waren von Anfang an der Sinn der Hilfe, die der Staat mit der Unterzeichnung der Akzept- und Garantiebant und den zusätzlichen Reichsbankkrediten gewähren mußte. Nicht gewöhnliche Liquiditätshilfe war ihr Inhalt, sondern offene Betriebsführung für Banken und Industrie bis zu dem Augenblick, wo man die effektiv vorhandenen riesigen Verluste sichtbar werden lassen konnte.

Da aber nach der Verlustbereinigung in der Privatwirtschaft erst recht ein großer, nach Kapitalzusammenlegung und Refinanzierung nicht zu befriedigender und für den Fall einer wirtschaftlichen Wiederbelebung sich noch erhöhender Kapitalbedarf vorhanden sein muß, konnten und können die notwendig gewordenen Staatseingriffe nicht vorübergehender, sondern mühen von vornherein dauernder Natur sein. Das gilt sowohl für die neue Dresdner Bank und die Compt als auch für die D.D.-Bank, Hypo- und die nach folgenden Sanierungen. Es kann schon heute nicht zweifelhaft sein, daß beispielsweise die Sanierung der Schwerindustriezone und der Zementindustrie, soweit die Beschaffung neuer Betriebsmittel in Frage kommt, mindestens sehr weitreichende staatliche Garantieleistungen notwendig machen wird.

Staatliche Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsführung.

Die Unausweichlichkeit staatlich organisierter planmäßiger Arbeitsbeschaffung (siehe „Vorwärts“ vom 20. März: „Warum planmäßige Arbeitsbeschaffung?“) ergab sich aus der Tatsache, daß in

Deutschland jene ökonomischen Krisenreserven zerstört sind, die im normalen Konjunkturablauf eine automatische Wiederanregung der Wirtschaft sicherstellen. Die Unausweichlichkeit dauernder staatlicher Eingriffe und der Erziehung der individualistischen durch die staatliche Wirtschaftsiniziation ergibt sich aus der Tatsache, daß nur der Staat jene Sicherheiten bieten kann, die nach der Kapitalentblutung durch private Verleumdungen bei der Beschaffung der erforderlichen neuen Betriebsmittel unentbehrlich sind. Der Primat der staatlichen Wirtschaftsführung an Stelle der privaten ist außerdem unentbehrlich, weil die privaten Wirtschaftssubjekte, soweit sie einzeln zur Geldbeschaffung vielleicht noch fähig wären, dies nur zu höheren Zinsen könnten als der Staat, der die gesamte Steuerkraft und Befehlsmacht zu seiner Verfügung hat. Als Ausfluß einer unvermeidlichen Illusion ist es deshalb zu werten, wenn das Reich bei den Banken- und Industrialisierungen auf ausreichende materielle Kontrolle glaubt verzichten zu dürfen und beispielsweise bei der obersteilischen Konjunkturanregung durch Anschließlichkeit privatkapitalistischer Quertreibereien gegen die selbstverständliche öffentliche Kontrolle noch Vorstoß leistet.

Planmäßige Arbeitsbeschaffung durch den Staat und Uebergang der Wirtschaftsführung auf den Staat sind unentbehrliche Voraussetzungen für die Ueberwindung der deutschen Wirtschaftskrise: Die Arbeitsbeschaffung ist als gesamtwirtschaftliche Lieberbrückungsaktion unentbehrlich, weil weltwirtschaftliche Konjunkturantriebe für Deutschland überhaupt nur wirksam werden können, wenn der jetzigen progressiven Wirtschaftsschrumpfung durch Arbeitsbeschaffung ein Ende gesetzt wird. Die staatliche Wirtschaftsführung vermag allein die Kapitalbeschaffung für den Augenblick sicherzustellen, in dem die Wiederherstellung der Kommunikation der internationalen Kapitalmärkte die Fruchtbarmachung weltwirtschaftlicher Konjunkturantriebe zu neuem Wachstum der deutschen Wirtschaft erlauben wird.

Ergibt sich so der Vorrang staatlicher Wirtschaftsführung vor der privaten einfach als volkswirtschaftliche und krisenpolitische Notwendigkeit, die von allen weltanschaulichen und parteipolitischen Zielsetzungen unabhängig ist, so ist der Erfolg der staatlichen Wirtschaftsführung bei der Krisenüberwindung von bestimmten Voraussetzungen abhängig.

Der besondere Krisenherd der deutschen Wirtschaft (abgesehen von der hier nicht zu behandelnden Fehlpolitik gegenüber dem großagrarischem Osten) liegt in der volkswirtschaftlichen Zusammenstellung der Kartellindustrie, besonders der schweren Grundstoffindustrien mit ihren großen Anlagekapitalien und ihrer Monopolstellung auf dem Binnenmarkt. Die Fehlleitung der kurzfristigen Auslandsgelder durch die Banken erfolgte in erster Linie für Anlagezwecke in den kartellierten und marktbeherrschenden schweren Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen, Zement usw.), weil hier Konjunkturfesthalten am geringsten, Sondergewinne durch Marktbeherrschung am wahrscheinlichsten und die Sicherheit durch die Massierung der Kapitalien in wenigen Händen am größten schien. Hier müssen jetzt die gewaltigsten Verluste realisiert werden und dann auch der stärkste neue Kapitalbedarf auftreten, wenn eine weltwirtschaftliche Konjunkturbelebung kommt.

In den monopolistischen Kartellindustrien bildete sich auch eine Art von Wirtschaftsiniziation heraus, die eigenherrlich neben der staatlichen Wirtschaftspolitik einen Staat im Staate bildete, wie sie außerhalb der Kartellgesetzgebung des Binnenmarktes stand. Hier war das Zentrum jenes hochkapitalistischen sogenannten Wirtschaftsführertums, vor dem

Zerbricht der Kreuger-Konzern?

Mehr als eine Milliarde Verluste.

Die Lage des Kreuger-Konzerns macht der internationalen Finanzwelt seit dem Freitode des Zündholzkönigs schwere Sorgen. In der letzten Woche war allerdings an den Weltbörsenplätzen eine gewisse Beruhigung eingetreten, da man allgemein die Verhältnisse bei dem Kreuger-Konzern für so gefestigt hielt, daß man unangenehme Ueberrohungen nicht mehr erwartete.

Um so deprimierender ist der Eindruck, den der Bericht des aus sechs schwedischen Sachverständigen zusammengesetzten Untersuchungskomitees jetzt hervorgerufen hat. Besonders der Passus in dem Bericht der Kommission, daß die Buchhaltung den Gang der geschäftlichen Transaktionen nicht völlig klarlege, hat zu weitgehenden Besorgnissen Anlaß gegeben. Bestimmend genug ist auch die Schlussfolgerung, die die Sachverständigen aus dem bisherigen Untersuchungsergebnis ziehen; denn sie besagt, daß die Gesellschaft nicht zu halten sei und daß bei einer Abwicklung durch Konkurs die Aktiven bei dem jetzigen Werteschwund nicht ausreichen würden, um alle Verpflichtungen der Gesellschaft zu decken. Man muß also hiernach mit einem Verlust von mehr als einer Milliarde schwedischer Kronen rechnen.

Die Folge dieses aufsehenerregenden Berichtes war ein neuer Erdbebenstöße sämtlicher Kreuger-Werte an den Weltbörsen. In England wird von einflussreicher Seite für eine schrittweise Abwicklung der Verpflichtungen Kreugers Stimmung gemacht, da bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse ungeheure Werte gerettet werden könnten, die heute zwangsläufig vernichtet würden.

der Staat in den Jahren des Aufschwungs ebenso kapituliert, wie er es jetzt dem wirtschaftlichen Gesamtinteresse unter seiner Führung ein- und unterordnen muß — ein Wirtschaftsführertum, in dem schließlich allein noch die wirkliche private Initiative zum Ausdruck kommen konnte, weil diejenige der materialabhängigen Industrien nur noch eine abgeleitete und keine selbständige private Initiative mehr sein konnte.

Der Staat wird seine für die Industrialisierung unausweichliche Funktion als Garant bei der Beschaffung neuer Kapitalien nicht ausüben können, wenn nicht neben der finanziellen Reinigung der Kartellindustrien auch deren Unterordnung unter die staatliche Wirtschaftsführung erfolgt. Der Gedanke des Wirtschaftsführertums neben der Wirtschaftspolitik des Staates muß als Angelegenheit erkannt, die Voraussetzungen des Wirtschaftsführertums müssen beseitigt, das Wirtschaftsführertum selbst durch die eindeutige staatliche Wirtschaftsführung ersetzt werden.

Der naheliegende und wohl auch von der Reichsregierung erwogene Gedanke, generell die Kartellbindungen aufzuheben und die Kartelle so zu verbieten, reicht heute nicht mehr aus. Ein Verbot der Kartellbildung vermag bei der Kapitalkonzentration der schweren Kartellindustrien die willkürliche monopolistische Marktbeherrschung nicht zu hindern. Selbst wenn aber freie Abreden unter den wenigen Großfirmen der schweren Kartellindustrien unterbleiben würden, freiwillig oder durch wirksame Ueberwachung, wäre der Staat noch nicht in der Lage, die erforderliche Refinanzierung der schweren Industrien nach erfolgter Verlustbereinigung garantieren oder sonst unterstützen zu können. Nach den unvermeidlichen ungeheuren Vermögens- und Schuldenabwertungen in diesen Industrien und dem Bankrott des Wirtschaftsführer-gedankens können Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit nur wiederhergestellt werden durch die Verstaatlichung dieser Industrien selbst. Die hier vereinigten Kapitalmassen und Risiken sind zu gewaltig, als daß ihre Bewirtschaftung nach den seit 1924 gemachten Erfahrungen noch einer unkontrollierbaren und durch ihr eigenes Schwergewicht sich notwendig als Staat im Staate führenden Privatinitiative überlassen werden könnte, deren Unfähigkeit zudem offen zutage liegt.

Die Verstaatlichung der monopolistischen Industrien kann aber nicht auf die öffentlichen Verlustindustrien beschränkt bleiben. Kapitalintensive Kartellindustrien mit marktbeherrschendem Charakter haben nach den bisherigen Erfahrungen in allen Fällen volkswirtschaftliche Deformationen zur Folge gehabt, weil auch im Ablauf von Konjunktur und Krise Gewinne nie genügend dem Abnehmer und Rationalisierungserfolge nie genügend den Beschäftigten zugute kamen. Sowohl die Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit der abhängigen Gewerks als auch die Beschäftigung und Kaufkraft der lohnabhängigen Verbraucher hat darunter gelitten, wofür Kali- und Braunkohlenindustrie die gegebenen Beispiele sind. Außerdem aber kann der Staat, wenn er zur Wirtschaftsführung überhaupt übergehen muß, einen Staat im Staate und ein unabhängig sich gebärdendes Wirtschaftsführertum nirgendmehr dulden, ganz abgesehen davon, daß nur die Beherrschung aller monopolistischen Industrien auch einen Risikoausgleich bei den Garantien bietet, die der Staat bei der Finanzierung der monopolistischen Verlustindustrien übernehmen muß.

Kreditkontrolle und Kapitallenkung sind generelle Aufgaben der staatlichen Wirtschaftsführung, die neben den unmittelbaren und dringlichen neuer Kapitalbeschaffung und der Verstaatlichung der kapitalintensiven Monopolindustrien stehen. Preis- und Monopolkontrolle durch den Staat bei allen nicht ausschließlich vom Markt kontrollierten Preisen und Industriezweigen bleibt bei den nicht verstaatlichten Kartellindustrien eine Notwendigkeit.

Deutschlands Wirtschaft befindet sich heute auf dem Wege von der privaten zur staatlichen und zur gesellschaftlichen Wirtschaftsiniziation, auf dem Wege von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung. Das ist kein Ergebnis politischen Willens, sondern ökonomischer Notwendigkeiten, nachdem die prinzipielle Initiative, d. h. die Wirtschaft des individualistischen Kapitalismus verlagert hat. Im deutschen Faschismus erleben wir den Versuch des monopolistischen Wirtschaftsführertums, die Entwicklung von der privaten zur Staatsiniziation, die Unterordnung des monopolistischen Wirtschaftsführertums unter die staatliche Wirtschaftsführung und das Gesamtinteresse durch die Vernichtung der Demokratie zu verhindern. Es ist die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, diesen Widerstand durch Niederhaltung des Faschismus zu brechen und die widerstrebenden Kräfte in Parlament und Regierungen in der Richtung der ökonomischen Notwendigkeiten vorwärts zu treiben. K.—.

Großhandelsindex 99,5.

Die vom Statistischen Reichsamt für den 23. März berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 99,5 gegenüber der Vorwoche um 0,6 Proz. zurückgegangen (1913 = 100). Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 95,9 (— 1,3 Proz.), Kolonialwaren 88,6 (— 0,3 Proz.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 90,4 (— 0,1 Proz.) und industrielle Fertigwaren 120,4 (— 0,2 Proz.).

Dienstag, den 29. März 1932

Eröffnung der Volkstümlichen Abteilung bei

Wollstoffe, alle modernen Farben:

Kleider-Tweed 70 cm breit .. Mk. 2,25	1,75	Crêpe Caid 95 cm breit .. Mk. 2,25	2,25
Noppen-Georgette 90 cm breit .. Mk. 2,25		Bunte Jumper-Strreifen mit Karos .. Mk. 2,50	2,50
Crêpe Caid 70 cm breit .. Mk. 1,75		Mantelstoffe (Sbatand) 140 cm breit .. Mk. 2,50	2,50

Seide, Kunstseide und Baumwolle:

Krêpe Georgette, bdr. Kunstseide, 96 cm breit Mk. 2,50	2,50	Kunstseide, 1,00, -75 hübsche Must. Mk. 1,00	1,00
Crêpe, Wasch-Kunstseide, 80 cm breit .. Mk. 1,75	1,75	Kleider-Crêtonne, echtfarb., erstkl. Qualit. Mk. 1,00	1,00
Seiden-Bourrette, reine Seide in Pastellfarben, 94/96 cm breit .. Mk. 2,25	2,25	Wollmusselin, reine Wolle, L. das prakt. Kleid Mk. 1,50	1,50

Auch in den billigsten Preislagen gibt es Cords-Qualitäten. Prüfen Sie unsere Angebote!

CORDS

DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN

Bequemster Eingang für diese Abteilung: Krausenstraße 65-66

Streng modische Stoffe wirklich billig

Wollstoffe

Wollmusselin mehrfarbige Druckmuster.....Meter	0,95
Streifen in aparter Ausführung.....Meter	1,45
Wollspitzenstoffe die ganze Mode, viele Farben.....Meter	1,90
Afghalaine Wolle mit Kunstseide, besonders preiswert.....Meter	2,45
Travers-Stoffe mod. Farbstellungen für Blusen und Garnituren.....Meter	2,45
Mantelstoffe ca. 140 cm breit, in englischer Art.....Meter	3,75
Afghalaine ca. 130 cm breit, reine Wolle, dankbare Qualität.....Meter	3,90
Frisette flammé doppeltbreit, in hübschen Frühjahrsfarben.....Meter	3,90
Mantelstoffe imprägniert, ca. 140 cm breit, dankbare Qualität, Meter	5,90
Fantasiestoffe für Complots, ca. 130 cm breit, in reicher Auswahl.....Meter	6,90

Baumwollstoffe

Kleidermusselin Baumwolle, bedruckt.....Meter	0,45
Waschkunstseide mit Baumwolle, neue Druckmuster, Meter	0,68
Wäschebatist gebüßt, neue Pastellfarben.....Meter	0,68
Kunstseide mit Baumwolle, neue geschmackvolle Muster.....Meter	0,95
Crêpe Boudoir feine Pastellfarben, für elegante Wäsche, Meter	1,10
Panama Kunstseide, für Sportkleider.....Meter	1,25
Gitterstoffe modernes Gewebe, in neuen Frühjahrsfarben, Meter	1,45
Panama-Kunstseide bedruckt, moderne Muster.....Meter	1,65
Cottelê bedruckt, kleine moderne Muster, Meter	1,75
Strickstoff modern gestreift.....Meter	1,95
Bemberg-Kunstseide die bevorzugte Qualität, gr. Musterausw., Mr.	2,45
Bemberg-Georgette Kunstseide, in aparten Dessins.....Meter	2,85
Bemberg-Crêpe oriental Kunstseide, in neuer Ausmusterung, Meter	3,90
Twill diagonal doppeltbreit, eleg. Kleiderware, modern bedruckt, Meter	4,25

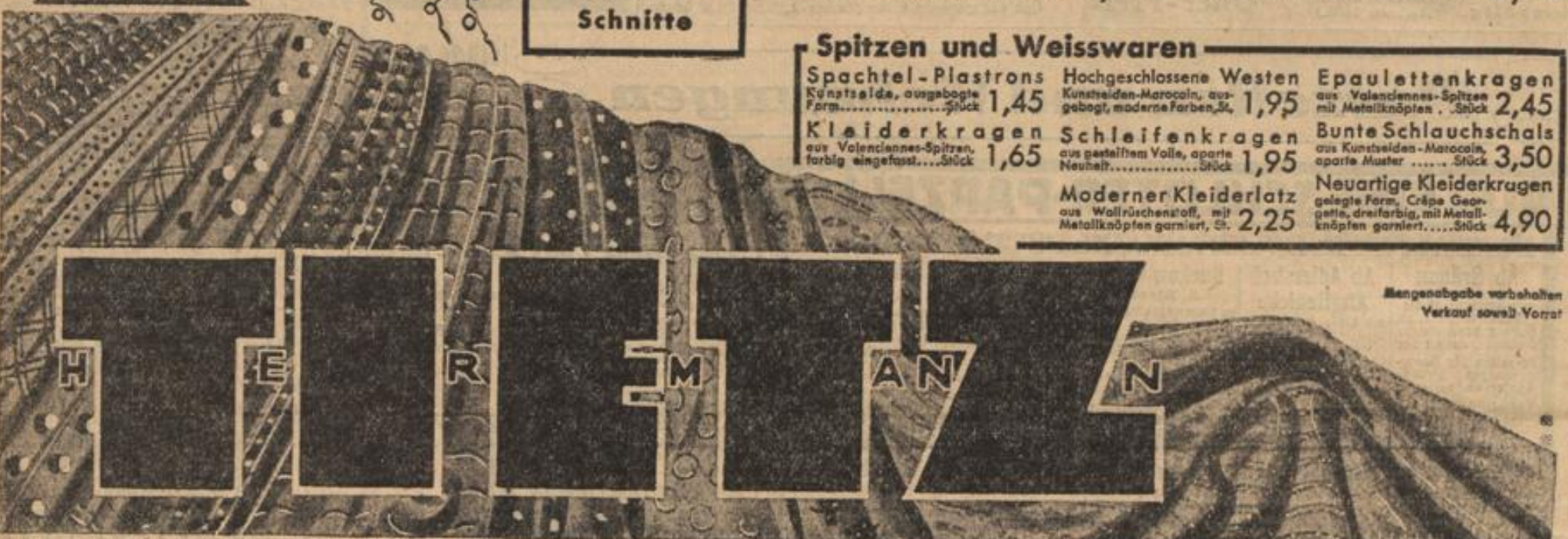
Seide und Kunstseidenstoffe

Bouclê modernes Kunstseidengewebe.....Meter	1,95
Foulard-Seide vornehme Muster.....Meter	1,95
Douppion reine Seide, neue Farben.....Meter	1,95
Waschkunstseide speziell für Leibwäsche geeignet.....Meter	1,95
Toile flammé aparter Kunstseidenstoff.....Meter	2,25
Crêpe Georgette vorzügliche Kunstseide, moderne Muster, Mr.	2,85
Toile reine Seide, viele Farben, für Kleider und Wäsche.....Meter	2,85
Frisê aktuelles Kunstseidengewebe, für das frische Sportkleid.....Meter	2,90
Crêpe Armûre Kunstseide, neue Webart, in zarten Farben.....Meter	2,90
Crêpe Georgette reine Seide, moderne Farben.....Meter	2,90
Bouclê-Noppê neuartige Kunstseide, für das Vormittagskleid, Meter	3,25
Crêpe marocain reine Seide, gute Kleiderware.....Meter	3,75
Crêpe marocain Kunstseide, frische Druckmuster.....Meter	3,90
Honan asiatische Qualität, naturfarbig und neue Farben.....Meter	3,90

Zu TIETZ-STOFFEN Ullstein »sprechende« Schnitte

Spitzen und Weisswaren

Spachtel-Plastrons Kunstseide, ausgelegte Form.....Stück	1,45	Hochgeschlossene Westen Kunstseiden-Marocain, ausgelegt, moderne Farben, St.	1,95	Epaulettenkragen aus Valenciennes-Spitzen mit Metallknöpfen.....Stück	2,45
Kleiderkragen aus Valenciennes-Spitzen, farbig eingefasst.....Stück	1,65	Schleifenkragen aus gestreiftem Voile, aparte Neuheit.....Stück	1,95	Bunte Schlauchschals aus Kunstseiden-Marocain, aparte Muster.....Stück	3,50
Moderner Kleiderlatz aus Wollruchensstoff, mit Metallknöpfen garniert, St.	2,25			Neuartige Kleiderkragen gelegte Form, Crêpe Georgette, dreifarbig, mit Metallknöpfen garniert.....Stück	4,90



BUNTER ABEND

Mengenabgabe vorbehalten Verkauf sowohl Vorrat

Am Sonntag, 27. März 1932 (1. Osterfeiertag), um 6 (18) Uhr, in den Gesamträumen des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelufer 24-25

»BUNTER ABEND« für die Leser des »AUFWÄRTS«

Es wirken erstklassige Kräfte mit. Die Musik wird ausgeführt vom Kammerorchester des Deutschen Musiker-Verbandes, unter Leitung von Paul Müller. — Für Stimmung sorgt Karl Boldt.
Kommen — hören — sehen und staunen!
Eintrittspreis 0,75 M. / Erwerbslose und Kinder 0,25 M.
 Karten sind im Vorverkauf zu haben: im Zimmer 7 des Gewerkschaftshauses, I Tr.; im Zimmer 33 des Gewerkschaftshauses, II Tr.; im Zigarrengeschäft von Horsch, Engelufer 24-25, und im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Es ist zweckmäßig, sich rechtzeitig mit Karten zu versorgen.
Die Redaktion des »AUFWÄRTS«
 Organ der freien Gewerkschaften Berlins

Blumenspenden jeder Art liefert preiswert Paul Golletz vermis Robert Meyer Mariannenw. 3 P & Oberbaum 1300

Pumpen, Röhren, Filter, Ersatzteile, Präzisions- und Spezialmaschinen, Pumpenfabrik, BERLIN N 65, Reichensdörfer Str. 85

Quintony Babau 6 Bekleidungs- und Spezialmaschinen, Conrad Müller, Schöneberg

Unser langjähriger Genossepart Aug. Neukamp u. Frau zu ihrer goldenen Hochzeit hiermit die herzlichsten Glückwünsche! 97. Abteilung Neukölln.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Achtung! Erwerbslose und Kranke! Wegen Anstaltsfahrt bleibt die Arbeit bis zum 2. April, abgeben sein. Dasselbe gilt auch für die Kollegen, die Arbeitgeber-Unterstützung beziehen.

Donnerstag, den 31. März, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsheimes, 2 Treppen, Grosse Straße 49/50, Eingang B

Konferenz der weiblichen Vertrauenspersonen und Betriebsräte Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Carl Gertz über: »Brot und Butter« 2. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse. Die wichtige Frage zu behandeln sind: werden die Funktionärinnen erucht, wählbar und bestimmt zu erscheinen. Dagegen bitte Kolleginnen Namen als Gäste an der Konferenz teilnehmen. Mitgliedsbuch legitimieren!

Achtung! Erwerbslose Achtung! Ban- u. Geldstrankenschlosser Donnerstag, den 31. März, vorm. 11 Uhr, in Ewalds Vereinshaus, Staliner Straße 126 Versammlung aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten erwerbslosen Ban- u. Geldstrankenschlosser Tagesordnung: 1. Verhandlungsgegenstände. 2. Wahl von Vertrauensrat. 3. Beschlüsse. Das Erscheinen aller erwerbslosen Kollegen ist unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch und Stempelkarte eines der obigen Bezirke legitimieren. Die Ortsverwaltung.

Bist du schon im Bücherkreis?

Nein? — Dann lies das Nachfolgende und du kommst zu uns! Denn Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61, ist die auf Solidarität gestellte und ohne Gewinnabsichten arbeitende Buchgenossenschaft der sozialistischen Arbeiterbewegung mit der Aufgabe, dem werktätigen Volke für billiges Geld, in Inhalt und Ausstattung gleich vorzügliche Bücher zu bieten.

- Kein Eintrittsgeld! — Bei freier Auswahl — für nur 0.90 RM monatlich oder 2.70 RM im Vierteljahr 4 Bände und 4 literarische illustrierte Zeitschriften im Jahr, während Nichtmitglieder je Buch 4.30 und 4.80 RM bezahlen. Ferner gewährt der Bücherkreis einmal im Jahr eine Sondervergünstigung an alle Mitglieder. Aus unserer reichen Auswahl können Mitglieder jederzeit Sonderbände zu 2.70 RM (statt zu 4.30 und 4.80 RM) beziehen.
- Auskunft und Anmeldung zur Mitgliedschaft bei:

Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7.

Wer abtrennen und in frankiertem Umschlag absenden

Beitrittserklärung: Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den Bücherkreis zu den mir bekannten Bedingungen und unter Einhaltung der halbjährigen Kündigungsfrist.

Name _____

Ort und Tag _____

Straße _____



Sieben erhalten wir aus Dresden die Trauerbotschaft, daß unser Ehrenvorsitzende Julius Fräsdorf heute nach kurzer, schwerer Krankheit entschlafen ist. Schmerz erfüllt stehen wir an der Bahre unseres lieben alten Freundes, mit dem uns fast vier Jahrzehnte treuester Gemeinschaftsarbeit auf allen Gebieten der Sozialpolitik verbunden haben. Der deutschen Krankenkassenbewegung war er ein Führer und Wegbereiter wie wenige. Wir werden sein Andenken in Ehren halten! Berlin-Charlottenburg, den 26. März 1932. Der Vorstand des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V.

Am Mittwoch, dem 24. März, verstarb unser langjähriger Genosse August Zimmermann Panzen, Clausdorfer Str. Ehre seinem Andenken! 129, Abl. Fankow-Nord. Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 29. März, 11 Uhr, im Krematorium Geydstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin Todesanzeige Ten Mitgliedern zur Nachricht bei unser Kollege, der Formate Paul Förster geb. 4. August 1876, am 22. März gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 29. März, 16 Uhr, von der Reichshalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt. Regte Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Mein Büro ist jetzt im Hedhaus »Berolina« Homöopathie Alexenderplatz, Tel. E. 2, Kupferg. 0322 Dr. Dagobert Pincus Rechtsanwalt und Notar Nieren-, Blasen-, Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-, innere u. Nervenz. 31 Münzstr. 9 Behandl. nur 2 M. Löser 10-2, 4-7, 5g. 11

Prof. Dr. Abelsdorff Augenarzt verzogen nach Marburger Str. 3 an der Tauentzienstraße Formsprecher B. 4. Bavaria 0610 Mein Kapitän-Kautabak schmeckt mir doch am besten!

